Antrag an die

<u>Lokale Regionale Bildungskonferenz Jenfeld</u>

Stellungnahme zur
Entwicklung der Rahmenzuweisungen

Die Lokale Bildungskonferenz Jenfeld möge empfehlen:

Die Lokale Bildungskonferenz empfiehlt die vorgesehenen Kürzungen um 10% in den Zuwendungen der Fachbehörde (BASFI) in den Rahmenzuweisungen

- 4440.684.81 - Kinder- und Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit
- 4450.684.81 - Förderung der Erziehung in der Familie
- 4450.684.82 - Sozialraumorientierte Angebote der Jugend - und Familienhilfe

als fachlich nicht zu rechtfertigenden erheblichen Eingriff in die soziale Versorgung der Wandsbeker Kinder, Jugendlichen und Familien in den genannten Arbeitsfeldern zurückzuweisen.

Diese Empfehlung der Lokalen Bildungskonferenz Jenfeld sollte von Seiten der Regionalen Bildungskonferenz Wandsbek unterstützt werden.

<u>Begründung:</u>
Bereits heute sind die aus diesen Titeln finanzierten Angebote nicht ausreichend ausfinanziert. Die Notwendigkeit dieser Angebote und Einrichtungen ist unstrittig.
Die offene Kinder- und Jugendarbeit lebt seit vielen Jahren mit Haushaltszuweisungen, die den fachlichen Handlungsspielraum der Einrichtungen immer weiter eingeschränkt haben und sich als im fachlichen Sinn nicht auskömmlich erweisen. **Ein Verweis auf mögliche Kooperationen mit Schule im Rahmen von GBS berücksichtigt nicht, dass neue Angebote und Arbeitsformen in der Implementierung mehr und nicht weniger Geld benötigen – außerdem sind von GBS und Ganztagsschule nur ein Teil der in der offenen Kinder- und Jugendarbeit angesprochenen Altersgruppen betroffen. Eine erfolgreiche Umsetzung von GBS fußt auf das Vorhandensein niedrigschwellliger Angebote in den Quartieren.**

Die Sozialräumlichen Angebote (SAE) in Wandsbek tragen schon heute einen erheblichen Beitrag zur Begrenzung im Bereich der Hilfen zur Erziehung bei – eine Reduzierung in den o.g. Rahmenzuweisungen widerspricht dem Ziel der angestrebten Kostendämpfung im Bereich der gesetzlichen Leistungen.
Hinzu kommt, dass die Einrichtungen und Angebote der OKJA / FamFö /SAE und deren Verbindlichkeit die einzige Möglichkeit einer gelingenden Umsetzung der Sozialräumlichen Hilfen und Angeboten (SHA) bieten und daher geschützt bleiben müssen.

Die erfolgreiche Umsetzung der von der LBK Jenfeld geplanten Bildungslandschaft hängt maßgeblich auch von dem Erhalt der bestehenden Jugendhilfestrukturen in Jenfeld ab. Die Einführung der GBS darf diese Strukturen nicht gefährden.
Sollten die vom Senat geplanten Kürzungen umgesetzt werden, stellen die Mitglieder der LBK Jenfeld ihre Mitarbeit in dieser Konferenz in Frage.